

# Die Constitution.

Tagblatt

Verantwortlicher Redacteur:  
F. Gafner.

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Mit-Redacteurs:  
M. Grikner, J. Gauk.

Motto: Freiheit und Arbeit!

N<sup>o</sup> 135.

Wien, Sonntag den 3. September

1848.

Wien. Die Sitzung des Reichstages am 1. August hat Oesterreich eine tiefe Wunde geschlagen, denn der Tag hat sich in dieser Sitzung selbst eine moralische Makel angethan, indem er, was er durch Namensaufruf mit einer Mehrheit von 48 angenommen, in derselben Stunde bei der Gesamtabstimmung ohne Namensaufruf, also für das gesammte Land in geheimer Abstimmung, mit einer Mehrheit von 4 Stimmen verworfen hat. Ich habe darüber geschwiegen, weil ich hoffte, der Tag werde in der nächsten Sitzung seinen Fehler wieder gut zu machen; es ist nicht geschehen, ich muß also sprechen und laut vor Gott und Menschen Verwahrung einlegen gegen diese Befleckung der Ehre meines Vaterlandes. Zwar wollen die Sophisten des Hauses nichts Unzukömmliches darin finden, daß eine namentliche Abstimmung durch eine geheime aufgehoben werde, ich aber kann in einer solchen Behauptung weder Logik, noch sittliche Grundsätze finden. Eine namentliche Abstimmung wird eben verlangt, damit das Volk erfahre, wem es sein Vertrauen geschenkt; sie sollte deshalb die Regel sein bei allen wichtigeren, zumal den Gesamtabstimmungen; über etwas, worüber man schon namentlich abgestimmt, noch einmal geheim im entgegengesetzten Sinne abstimmen, heißt nicht offen, nicht gerade, nicht ehrlich verfahren. Der Triumph, mit dem jener Theil des Hauses, welcher den Sieg davon getragen, den Saal verließ, hat deutlich gezeigt, daß die Männer des Volkes in ihrem redlichen Vertrauen überlistet waren. Es war schmerzlich anzusehen für den Freund des Volkes, für den Mann offenen, geraden Verfahrens, doppelt traurig, weil aus einer solchen Vertretung nur ein Zustand hervorgehen kann, der die bitterste Täuschung aller unserer Hoffnungen, die Vereitelung aller unserer Bestrebungen wäre.

Ich weiß gar wohl, daß wir durch die Verweigerung der Staatsentschädigung der Sache nach nichts verloren haben; aber an Ehre haben wir verloren. Dieser 31. August 1848 wird von eben so viel Menschen beklagt werden, als den 4. Aug. 1789 gesegnet wird. Ich wiederhole, daß ich das Ergebnis der Abstimmung, der Sache nach, nicht beklage, denn ich, der ich allen Anspruch an Entschädigung verneine, hätte mich, wenn ich im Saale säße, selbst nicht für Entschädigung durch den Staat aussprechen können. Ich hätte mich dagegen aussprechen müssen, zunächst aus Rechtsgefühl, weil ich Niemanden zumuthen kann, zur Ausgleichung eines Verhältnisses, das ihn nicht eigentlich berührt, in's Mitleid gezogen zu werden. Ich für meine Person würde zwar gerne mein geringes Schärfelein beitragen, weil ich weiß, daß durch die Entlastung des Bauers die ganze Gesellschaft gewinnt, wenn gleich der Uebergang Manchem Verluste bereiten muß; ich muß mich aber gegen die Staatsentschädigung auch noch aus einem andern Grunde entschieden erklären. Ich bin nemlich überzeugt, daß bei der Entschädigung durch den Staat auf den Bauer eine größere Last würde gewälzt werden, als selbst wenn er verurtheilt wäre,

die Entschädigung aus Eigencm zu bestreiten, denn es ist kaum zu hoffen, daß der Leichtfinn, mit welchem bei Staatsverpflichtungen bisher verfahren wurde, jetzt schon abgekommen sein sollte. Die Leichtigkeit, mit welcher der Tag dem Ministerium einen Credit von 20 Mill. bewilligt hat, dient zum Beweise. Uebrigens ist hier nicht der Raum, noch ist die gegenwärtige Stimmung geeignet, auf nähere Beweise und Erläuterungen einzugehen; es wird ein andermal Zeit dazu sein. Die grundgelehrten Juristen, welche aber über den willkürlichen Geboten verganglicher Macht die Heischsätze (Axiome) des ewigen Rechts vergessen, welche immer nur im Vorrecht, d. h. im Unrecht das Recht gefunden, haben diesmal auf Kosten der Ehre und sittlichen Würde des Reichstages den Sieg davongetragen; sie haben die Männer des Volkes dem Verdachte der Zweijüngigkeit Preis gegeben. Sie mögen in ihrem Sinne gut gerechnet haben; allein ich glaube sie haben nur an den nächsten Augenblick gedacht. So geschickte Rechenmeister sie sind, so mögen sie nur immer glauben, daß es auch unter den Männern des Volkes blündige und ehrliche Rechenmeister gibt, die Denen, durch deren Vertrauen Alle in den Saal der Reitschule gekommen, die Zahlenverhältnisse der beiden Abstimmungen begrifflich und anschaulich machen können.

Uebrigens ist die Presse und jeder redliche Mann verpflichtet, dem Abgeordneten Borrosch die aufrichtigste Anerkennung auszusprechen dafür, daß er die Schmach des Reichstages tief gefühlt und noch in der Sitzung des 1. Septbr. warm und bewegt dafür gekämpft hat, daß diese Schmach gesühnt werde. Man hat ihn dafür von der Seite des Hauses, auf welcher er sitzt, mit dem Rufe: zur Ordnung! gelohnt; er mag sich aber lähn aufrichten in dem Bewußtsein und mit dem Zeugniß aller Freunde der guten Sache, daß er eben in der Ordnung gewesen, und nicht müde werden im Kampfe für die gute Sache. Die Männer des Volkes haben das Volk und das Recht hinter sich und die Zeit ist mit ihnen, je weniger sie im Saale gelten desto höher steigt ihr Werk im ganzen Lande und die Gehöhten werden bald die Geehrten sein, denn das Volk ist es, das in den Saal der Reitschule seine Vertreter sendet. Es wird noch manche Ehrenliste von Freunden des Volkes unter das Volk kommen, so daß es künftig wissen wird, wer sein Vertrauen verdient.

Man zürnt der freisinnigen Presse, angeblich wegen der Heftigkeit ihrer Angriffe — aber die reactionäre ist nicht bloß heftig, sie ist wüthend, sie ruft zu Mord und Todschlag auf — dagegen hat man keine Stimme des Tadelns, und die Geißel, das schändlichste aller dieser Blätter, heißt bei Leuten, die vom Hofe und von der Aristokratie leben, das beste Blatt Wiens. Das ist bezeichnend genug. Wie tief müßte Wien gesunken seyn, wenn dieses Urtheil die Stimme, nicht der Mehrzahl, sondern nur eines namhaften Theiles seiner Bevölkerung wäre. Freilich hat man einen Theil der Bürger irre geführt, indem man sie glauben machte, die herrschende



Geschäfts- und Nahrungslosigkeit rühre von der Unruhe her, welche die freisinnigen Schriftsteller machen, aber ich kann nicht glauben, daß auch nur ein namhafter Theil so ganz irre gemacht sei, denn sonst würde sich die reactionäre Partei nicht in Einem fort selbst beschimpfen mit feigen Drohungen und Befubelung aller Rechtschaffenen. Jene Bürger aber, welche sich einen Zusammenhang haben aufreden lassen, der nicht besteht, mögen bedenken, daß schon vor der Revolution, als eine freie und freisinnige Presse noch gar nicht war, das Vertrauen von Tag zu Tag abgenommen, und daß wir vor dem 13. März an einem hohlen Sumpfe standen, indem wir ohne Rettung versunken wären, wenn nicht der Aufschwung dieses Tages uns durch einen kühnen Sprung herübergeholfen hätte; daß ohne Revolution, wenn sie hätte ausbleiben können, der Staatsbankrot noch vor Ende März eingetreten wäre. Es ist wahr, wir haben in der Eile, in der wir unsern Entschluß fassen mußten, manches drüber gelassen, was wir jetzt ungerne vermissen — aber wir haben doch keinen der Unfrigen verloren. Die Presse anklagen wegen der Unruhe, die uns peinigt, heißt den Rauch des Brennens anklagen. Die Unruhe und Heftigkeit in der Presse kommt von der allgemeinen Unruhe in den Zuständen und der Heftigkeit in den Gemüthern, wie der Rauch vom Feuer kommt. Man möchte mir entgegen, daß mein Bild auch von der reactionären Presse gelte. Ich weiß gar wohl, daß ein Gleichniß nicht überall hinreicht, daß es also auch nicht bewirkt; man wird aber doch auch ebenso wissen, daß es außer dem Naturwüchsigem auch Gemachtes gibt. Von dem Letzten kann nicht gelten, was vom Ersten gilt, sondern gerade das Gegentheil. Naturwüchsig ist aber die freie Presse, denn man kann nicht sagen, daß sie gehegt und gepflegt worden, sondern die Ereignisse haben sie hervorgebracht. Anders die reactionäre. Wir wissen von einem Blatte, das zu einem Preise ausgegeben wird, der, der Absatz mag noch so groß sein, die Kosten nicht deckt; dieses Blatt hat Anfangs die Larve der Freisinnigkeit vorgezogen, um Leser zu finden — später, als es die Zeit dazu günstig glaubte, hat es sie abgelegt. Wir haben also hier jedenfalls etwas Gemachtes, weil wir eine Unwahrheit, ja eine Lüge vor uns haben.

Man zürnt, daß die Presse fast ganz in den Händen von Juden sei. Darüber klage man aber nicht die Juden, sondern die Christen an, welche früher den Juden gewehrt, Schneider und Schuster zu werden und sie genöthigt, sich ausschließend wissenschaftlichen Bestrebungen oder der Schriftstellerei hinzugeben, wenn sie nicht Geld genug hatten, einen Großhandel anzufangen, des Trödelns sich aber schämten. Auch sind aber die jüdischen Blätter ein Dorn im Auge, nicht weil sie von Juden geschrieben, sondern weil sie freisinnig sind, und die Juden hasset ihr nur, weil sie Freiheit begehren, und die Freiheit der Juden nur möglich ist bei voller Freiheit der Christen. Juden stehen noch jetzt in den vordersten Reihen für die Freiheit — aus dem einfachen Grunde, daß ihnen die Freiheit am meisten Noth that, weil sie am meisten geknechtet waren.

Die christlichen Blätter, die wir haben, sind der Mehrzahl nach freilich mehr nach dem Sinne der Reaction; aber ein Theil derselben stammt noch aus der alten Zeit und war schon damals von allen ehrenwerthen Menschen verachtet; der andere ist gegründet zu einer Zeit, da die Gegner aller Freiheit sich vom ersten Schrecken erholt und gesehen hatten, daß sie von den Freunden der Freiheit keinen Terrorismus zu fürchten haben. Da sängen sie denn frischweg an, den Bau der jungen Freiheit zu untergraben, zuerst durch Heuchelei, dann durch Verleumdung aller freisinnigen Männer und einstweilen, so lange sie noch nicht die volle Gewalt haben, durch feige Drohungen von Gewalt und Mord.

Auch daß die Tagespresse, dem größten Theile nach, in den Händen

junger Männer ist, findet man ungehörig. Mag sein. Aber dessen ist auch nicht die Jugend, sondern das Alter anzuklagen. Jedenfalls ist die Schuld dieser Erscheinung nicht in der Gegenwart, sondern in der Vergangenheit zu suchen, deren namenloser Druck die Spannkraft des Geistes vor dem reiferen Mannesalter lähmte. Ueberhaupt ist es thöricht, den eigentlichen Grund einer Erscheinung in der Gegenwart zu suchen; der wahre Grund der heftigsten Ausbrüche der radicalen Presse liegt eben so hinter dem 13. März als die Urheber der reactionären Presse und dieser Bestrebungen überhaupt der Zeit vor diesem Tage angehören. Wenn auch die Jugend zu heftig ist, so ist daraus nichts klar, als daß ihr das Verständniß der Jugend und damit die Freude an dem nachwachsenden Geschlechte verloren habet. Die Jugend ist heftig und kann nicht anders sein, sie ist aber edelmüthig; das Alter zeigt sich ihr gegenüber, wie wir sehen, noch heftiger, nur an Ebelmuth steht es ihr nach. Ich selbst stehe schon ziemlich in der zweiten Hälfte des menschlichen Lebens, aber ich habe das Verständniß der Jugend und die Freude an ihr nicht eingebüßt; ist gleich der Ton meiner Rede gehaltener, ruhiger, haben gleich meine Hoffnungen durch längere Lebenserfahrung aufgehört, so ausschweifend zu sein, als sie in der Jugend waren, so ist doch meine Gesinnung nicht minder entschieden. Ich weiß, daß die Freiheit, wie jedes große Gut, nur um einen hohen Preis zu haben ist, und will ihn gerne geben. Meine Mitbürger aber, die ungeduldig sind, daß ihnen die Früchte der Freiheit nicht jetzt schon in den Schooß fallen, bitte ich, zu bedenken, wem sie mit dieser Ungeduld anheimfallen. Der Landmann, der im Herbst den Samen der Erde anvertraut, wartet geduldig fast ein volles Jahr, bis das kleine Weizenkorn zur Ernte reif wird — und wir, die wir den Tagen des März die Freiheit angebaut auf einem Boden, der voll Unkraut ist, das erst weggeschafft werden muß, wir wollen den Baum der Freiheit, der ein ganzes großes Land überschatten soll, schon nach sechs Monaten voll reifer Früchte hängen sehen und in seinem Schatten gemächlich ruhen können? — Wir schelten die Jugend ungeduldig und sind selbst ein non-plus-ultra von Ungeduld!

G. Wintersberg.

### Reichstags-Sitzung vom 2. September.

Der Abgeordnete Klaudy legt einen Gegenprotest gegen Löhners gestrigen Protest ein, in welchem er eine Lanze für den Präsidenten bricht.

Abgeordneter Feodorowicz überreicht einen Protest gegen den gestrigen Beschluß wegen Aufhebung des Bier- und Branntweinzwangs.

Einen zweiten Protest in gleicher Sache überreichen 93 Abgeordnete, darunter Szabel, Unterstaatssecretär Mayer, Leopold Reumann, Helfert, Jonak, Gleisbach, Sawliczek, Palachy, Lubomierski, der Bürgermeister Forcher von Judenburg, Dyhewski, Selinger, Klaudy, Pinkas.

Es geht diesen Herren ungefähr so, wie unserer reactionären Presse. Ordnung und Gesetz ist bei dieser stets der Schild, unter dem sie ihre geheimen Pläne auszuführen sucht, und ein Wähler derjenige, welcher nicht in ihr Horn bläst. So haben diese Herren im Namen der Gerechtigkeit gegen eine überwiegende Majorität Protest eingelegt, weil ihr Beschluß nicht in den ministeriellen Plan paßte. Sie haben aber sich hochlich erzürnt, als in der Rudlich'schen Lebensfrage ein Protest der Linken gegen die Majorität von nur vier Stimmen eingelegt wurde.

Diese Herren stützen sich gegenwärtig auf den volksfeindlichen Sinn des abtrünnigen Ministeriums einerseits, auch die durch gemeinen



Egoismus bornirte Unfähigkeit des Centrums andererseits. Es dürfte übrigens weder dem Ministerium, noch der gegenwärtig terroristischen Majorität für ewige Zeiten nach Wunsch gehen, denn wir haben Beispiele von Bölkern, welche sich, wenn alle andern Mittel nicht helfen wollten, selbst zu Gerichte setzten, um über Recht und Unrecht in letzter Instanz zu entscheiden.

Abgeordneter Umlauf interpellirt den Minister des Innern. Es sei das freie Associationsrecht ein heiliges. Nun sei in Böhmen von dem früheren Gouverneur Grafen Thun unterm 18. Juni eine Verfügung erlassen worden, welche dasselbe sehr verlegte. Trotz des aufgehobenen Ausnahmestandes bestehe dieselbe noch in Kraft. Er liest nun dem Minister die Verordnung vor, nach welcher es allerdings erlaubt ist, frei zu sein, und sogar sich zu versammeln, wenn man 24 Stunden früher die löbliche Polizei (Stadthauptmannschaft nennt man das Ding in der modernen Kunstsprache) höflichst um Erlaubniß dazu gebeten. Hat diese einsichtsvolle und humane Obrigkeit nach 24stündiger reiflicher Ueberlegung ihre Vormundschaftsgenehmigung erteilt, so unterliegt es dann keinem Anstande, sich aller constitutionellen Freiheiten zu erfreuen. Schwere Polizeiübertretung ist übrigens das dritte Wort in diesem Actenstücke. Der Abgeordnete fragt, ob der Minister davon Kenntniß habe? ob er eine solche Verordnung mit der Volksfreiheit vereinbar halte? ob er selbe aufzuheben gesonnen sei? Minister Doblhoff ist in Kenntniß von dem Bestehen der Verordnung. Sie sei jedoch nur eine Ausnahmsmaßregel und daher provisorisch. Auch solle sie nur den Uebergang zum Normalzustande bilden. Er habe den Vorstellungen der Localbehörden nachgeben müssen. Doch glaube er, daß sie gegenwärtig wohl aufgehoben werden könne. Er habe auch schon darauf gedacht und werde baldigst das Nöthige verfügen.

Abgeordneter Umlauf bittet um möglichste Beschleunigung, da der Kammer schon so oft versichert worden, der Ausnahmestand sei bereits gänzlich aufgehoben.

Die czechischen Abgeordneten spenden dem Interpellanten reichlichen Beifall. Man macht ihnen daher vielleicht mit Unrecht den Vorwurf des Nationalitätsfanatismus, denn sie haben ja heute bewiesen, daß sie auch deutsche Bestrebungen anerkennen, nur müssen sie unbedingt zu ihrem ausschließlichen Vortheile sein. Vom Minister Doblhoff haben wir übrigens eine neue Maxime der Staatsweisheit kennen gelernt. Die gänzliche Beschränkung der Freiheit ist eine Uebergangsmaßregel zum vollen Gebrauche derselben. Will uns der Minister vielleicht dadurch zu verstehen geben, daß auch die gegenwärtige Politik des Ministeriums uns für die Freiheit mündig machen soll. Die Zukunft wird lehren, ob dieser ministerielle Text nicht eine sehr antiministerielle Auslegung erleidet.

Abgeordneter Scherzer weist den Kriegsminister darauf hin, daß Wien seit lange schon keine Festung sei. Doch müßten noch die Hausinhaber, welche im sogenannten Festungsrayon sich angebaut haben, noch stets den Revers ausstellen, in Kriegszeiten auf Befehl der Fortification binnen 24 Stunden ihre Häuser rasiren zu lassen. Diese gesetzlich bestehende Unsicherheit des Eigenthums erschwere die Möglichkeit sehr, sich Geldmittel auf derlei Realitäten zu verschaffen. Er frage daher den Kriegsminister, ob die Geltung und Ausstellung solcher Reverse aufgehoben werden solle.

Kriegsminister Latour erwidert, daß diese Reverse Folgen eines Gesetzes seien, daher nur mit dem Gesetze aufgehoben werden können. Nun müsse er besonders bemerken, daß selbe in ihrer Anwendung vor den

Linien weniger militärische, als vielmehr administrative Wichtigkeit wegen des Schmuggelhandels hätten. Er wolle jedoch jede mögliche Erleichterung gewähren. Finanzminister Kraus dagegen meint, sie seien vom finanziell-administrativen Standpunkt nicht nothwendig. Denn dazu brauche man nur so viel Raum, als zur Uebersicht nothwendig sei. Er werde daher keinen Anstand nehmen.

Es ist recht ergötzlich, wie der Finanzminister dem Kriegsminister und dieser jenem in's Handwerk pfuscht, wie jeder der beiden Herren dem anderen die fragliche Sache zuschreibt. Abgeordneter Borrosch ist sehr erfreut über die Zuverlässigkeit des Kriegsministers und nimmt daher für Prag die gleiche Begünstigung in Anspruch, wie Scherzer für Wien. Prag gelte zwar auch für eine Festung, doch sei es längst ausgemacht, daß es sich nicht halten könne. Nun seien zwei bedeutende Vorstädte, Carolinenthal und Smichow, dieser drückenden Maßregel unterworfen. Deswegen habe vor mehreren Jahren die Sparkasse auf einmal alle in dortigen Baulichkeiten belegten Gelder zurück gezogen, wodurch die dortigen Hausbesitzer in die größte Noth geriethen. Er bitte daher auch für Prag um die Aufhebung, da es factisch unmöglich ist, zwei große Vorstädte binnen 24 Stunden zu rasiren.

Kriegsminister Latour hält dem Abgeordneten eine Vorlesung über Strategie, an deren Schlusse er erklärt, seine Zustimmung nicht geben zu können.

Abgeordneter Borrosch gesteht, daß er sich schlecht auf Strategie verstehe. Prag sei aber der umliegenden dominirenden Höhen wegen seiner Ansicht nach nicht haltbar und höchstens gegen einen Handstreich gesichert.

Kriegsminister Latour findet sich endlich zu Erleichterungen bewogen. Eine Interpellation wegen der Unterrichtsfrage wurde von Doblhoff ungenügend beantwortet.

Abgeordneter Ambrosch bringt einen Uebergriß seines Suberniums zur Sprache, welche Doblhoff zu untersuchen verspricht.

Ein Dalmatiner Abgeordneter stellt den Antrag von der Deputation über die Entschädigungsfrage die dalmatinischen Abgeordneten wegen der speciellen Verhältnisse des Landes zu entheben. Wird einer Commission zugewiesen.

Es beginnt wieder der alte Zanf über Annahme und Berwerfung der ferneren Amendements zu Rudlich's Antrag.

Bei einem Amendement Polaczek's Betreff der Patrimonialgerichtsbarkeit bemerkt Justizminister Bach, daß demnächst Gesetzesvorschläge wegen Organisation der Gerichte und politischen Behörden eingebracht werden, worauf das Amendement zurückgenommen wird.

Der Punkt 5 des Amendements des Abgeordneten Polaczek betrifft die Erlassung einer Proclamation an das Landvolk über die in der vorliegenden Frage gefaßten Beschlüsse des Reichstages.

Strobach behauptet, die Majorität erkenne den Punkt 5 durch Bassers Antrag erledigt.

Borrosch legt dagegen Protest ein, den er motiviren will, was aber Strobach nicht gestattet.

Justizminister Bach erklärt, man habe hier eine Principienfrage angeregt. Das Ministerium erkenne die Versammlung 1) als constituirend, 2) als gesetzgebend. Botire das Haus ein Gesetz, so werde das Ministerium es, so wie die Verfassung, zur Vereinbarung mit dem Monarchen vorlegen, dann aber selbes publiciren. Einen weiteren unmittelbaren Verkehr des Hauses mit dem Volke könne es nicht gestatten.

Es ist in der Versammlung in der Reitschule oft und viel von einem



souveräner Wille gesprochen worden. Es hat das Ministerium in dieser Versammlung vor noch nicht langer Frist anerkannt. Mit seiner heutzutage Neuerung hat er die Souveränität des Volkes geläugnet. Der Minister auf breiterer demokratischer Basis hat sich aufgelehnt gegen die neue Zeit! Der Minister hat das Volk schwer beleidigt, welches ihn gegen Verantwortlichkeit in seinem Amte bestätigt. Der Minister Bach hat den Weg gezeigt, welchen das Gesamtministerium zu gehen gesonnen ist. Dieser Weg ist nicht der des Rechtes, es ist jener der Gewalt. Der Gegenstand ist so hochwichtig, daß wir ihn in einem eigenen Artikel zu besprechen uns vorbehalten. Für jetzt aber verwahren wir uns feierlich gegen diesen Willküract eines Ministers, welcher sich nicht entblödete, das Vertrauen des Volkes zu hintergehen! Nicht für eine zu vereinbarende Verfassung gab es einen 15. und 26. Mai. Was damals das Volk errungen, es hat die Pflicht, es ganz und ungeschmälert zu erhalten.

Daß übrigens die Kammer bei des Ministers Aeußerung ruhig zuhörte, mag entscheiden, ob sie wirklich aus Vertrauensmännern bestehe.

Abgeordneter Violand legt gegen die Aeußerung des Ministers Protest ein, welchen Strobach verweigern will. Violand aber weist nach, daß er vollkommen in seinem Rechte sei, worauf ihm das Recht des Protestes zugestanden wird.

Folgt abermals in hergebrachter Form der Amendementszank.

Niederhuber.

Zur gestrigen Sitzung haben wir noch nachzutragen, daß nach langem höchst unparlamentarischem Gezänke, in welchem unter andern ganz offen zu ersehen war, daß für die servile Majorität der Satz gelte: Ein Gesetz der Geschäftsordnung gilt nur, so lange es nicht genirt. Sollen wir die Leser mit den ermüdenden Details plagen? Wir berichten bloß, daß mehrere Amendements zu Rudlachs Antrag beseitigt, dagegen auf Demels Antrag der Branntweinzwang nebst allen entsprechenden Rechten und Lasten, auf Zimmers Antrag der Bierzwang nebst den ihm anhaftenden Verbindlichkeiten aufgehoben wurden.

Ferner ist der Name des Abgeordneten, welcher den Kriegsminister Interpellirte, nicht Polaczek, sondern Zimmer.

### Die Wahlordnung für die Wahl des Gemeinderathes der Stadt Wien.

Die als ziemlich freisinnig angesagte, mittels Ministerialerlasses vom 27. August 1848 kundgemachte Wahlordnung für die Wahl des Gemeinderathes der Stadt Wien, ist ziemlich unfreisinnig ausgefallen.

Dieselbe verhält sich zu der früheren ohngefähr so wie das Wahlgesetz in der französischen Karte nach der Julirevolution zu der Karte Ludwig XVIII.; sie enthält nämlich eine Erweiterung des Privilegiums.

Jeder Censur, wenn er auch noch so gering ist, jede Unterscheidung der Staatsbürger in Kategorien, da wo es sich um die Feststellung politischer Rechte im Staate und in der Gemeinde handelt, ist eine Verläugnung der Anerkennung der Volksfreiheit.

Wenn es um diese zu thun ist, der muß nach Principien handeln, der darf sich in kasuistische Zusammenstellungen der Klassen der Staatsbürger nicht einlassen, um die Mitglieder dieser oder jener Klasse von der Ausübung eines denselben zustehenden Rechtes auszuschließen. Das Princip für das active Wahlrecht kann kein anderes sein, als die Bestimmung, daß ein jeder, der als activer Staatsbürger anerkannt, zur Ausübung seiner Privatrechte geeignet, wehrberechtigt und wehrverpflichtet ist, auch zur Ausübung der politischen Rechte in der Gemeinde, in deren Bezirke sich

sein ordentlicher Wohnort befindet, berufen wird. Dieses Princip muß durchgeführt werden bei der Wahl der Reichs-, Landes- und Gemeindegewählten.

Niemand der das active Staatsbürgerrecht besitzt, darf von dem passiven Wahlrechte zum Deputirten, sei es zum Reichstag oder zum Landtag, oder in den Gemeinderath ausgeschlossen werden.

Das Vertrauen der Wähler zur Intelligenz und zum Charakter der Kandidaten zur Deputirtenwahl ist das einzige von der Vernunft gebilligte Princip der Wahl. In keinem Falle darf die Wahl der Gemeindegewählten nach andern Grundsätzen stattfinden, als die Wahl der Reichstagsdeputirten.

Wenn diesem nach ferner die Stelle eines Ministers mit der Stelle eines Deputirten zum Reichstag vereinbar ist, warum sollen die Gemeindeoberbeamten, die doch zum Gemeinderathe gerade in demselben Verhältnisse stehen, wie der Minister zu der Reichsversammlung und gerade so, wie die Minister dem Reichstage, in der Versammlung der Gemeindegewählten Auskünfte zu ertheilen haben, nicht auch zu Gemeindegewählten wählbar sein, wenn sie das Vertrauen der Wähler besitzen?

Die Wählbarkeit zum Gemeindegewählten darf übrigens auch nicht von der Dauer des ordentlichen Aufenthaltes im Gemeindebezirke abhängig gemacht werden; und zwar zuvörderst weil kein Grund dafür vorhanden ist, sodann weil man ungerechter Weise diejenigen Staatsbürger, welche in Verursachungsangelegenheiten genöthigt sind, ihren ordentlichen Wohnort zu ändern, und ihre politischen Rechte doch nur da ausüben können, wo sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, in der Ausübung eines wichtigen politischen Rechtes beschränken würde. Der Einwurf, daß zur Wählbarkeit eines Gemeindegewählten Platzkenntniß gehöre, die nur durch längeren Aufenthalt in der Gemeinde erworben werden könne, findet auf diejenigen Staats- und Gemeindegewählten keine Anwendung, deren Aufenthalt in der Gemeinde bloß unterbrochen wurde; sodann wird die Platzkenntniß nicht bloß durch den Aufenthalt, sondern auch durch Kapazität erworben; die Beurtheilung der Resultate derselben in Bezug auf die Kenntniß der lokalen Verhältnisse muß einzig und allein den Wählern überlassen werden.

Wenn man bedenkt, daß in Zeiten der Volksaufregung ein volksthümliches Gemeindeorgan das beste Mittel zur Bewahrung vor Anarchie ist, wenn man erwägt, daß der Gemeinderath das gesetzgebende Organ ist in Gemeindeangelegenheiten, welche jedes Gemeindeglied gleichmäßig interessieren, wenn man den Umstand berücksichtigt, daß der Gemeinderath die nächste Behörde ist, welcher die zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und zur Wahrung der Volksrechte innerhalb des Gemeindebezirkes berufene Volkswehr der Gemeinde untergeordnet ist, so kann man auf aristokratische Principien basirte Wahlordnung nicht billigen, nachdem die Thatfachen bereits den Beweis geliefert haben, wie wenig ein auf solchen Principien zusammengesetztes Organ geeignet ist, seine Aufgabe zu lösen.

Dr. J. J. Prochazka.

### Das polytechnische Institut.

#### II.

In der commerziellen Abtheilung wird Buchhaltung, kaufmännisches Rechnen und Correspondenz so theoretisch als möglich vorgetragen.

Handelsrecht liest Höchsmann aus einem großen Gesetzbuche.

Die Waarentunde, eigentlich eine der Hauptgrundlagen des kaufmännischen Wissens, wurde früher von dem Charlatan Niepl herabge-



leiert, jetzt wird sie mit mehr subjectiver Kenntniß, aber eben auch ziemlich leichtfertig, von Herrn Jacob Neuter, der nebstdem eine Menge andere Aemter begleitet, gehandelt.

Die Vorbereitungs- oder polytechnische Lehranstalt ist eine Realschule, deren Organisation den übrigen Realschulen analog. Schulmeister, wie sich von selbst versteht, mit Religionslehre paradien im höchsten Glanze.

Die Hilfsanstalten des Instituts sind eine Modellsammlung für Mechanik, in welcher jedoch die Fortschritte der neuesten Zeit wenig vertreten; eine technologische Sammlung, deren schon erwähnt wurde; chemische Präparatensäle, welche sehr fleißig geordnet, doch die Fortschritte der Chemie wenig anschaulich machen.

Die Bibliothek enthält viele, aber dennoch nicht alle Behelfe, welche eine solche Anstalt bedarf. Sie steht, außer dem Bibliotheksverweser Martin und den Professoren Niemand zu Diensten, denn die Administration derselben ist unter aller Kritik schlecht, keine Lesesäle vorhanden, und das Benehmen des Verwesers so unfreundlich und abstoßend, daß dem Unglücklichen, den die Noth einmal dahin getrieben, ein zweites Mal gewiß die Lust vergeht, wieder Gebrauch zu machen.

Dieß der Stand des Instituts vor der Revolution, und wahrscheinlich bis zu dem Augenblicke, an welchem es der Unterrichtsminister für gut finden wird, den alten Sauerteig auszuscheiden, und durch vorurtheilsfreie Männer, die die Bedürfnisse der Zeit aufgefaßt, die Reorganisation vorzunehmen.

Wie an alle Anstalten der Gesellschaft, stellt die neue Zeit auch an diese Hochschule des angewandten Wissens ihre Forderungen; sie will die Resultate der Wissenschaft einer möglichst großen Menge zugänglich und nutzbringend vorgetragen wissen. In der neuen Zeit will der Gewerbsmann sich Rath's erholen über alle Interessen, die ihn beschäftigen, er will geleitet werden durch die Wissenschaft in seinem Handwerke.

Demnach ist die Aufgabe des Instituts eine doppelte, nämlich es muß dem Studenten (künftigen Gewerbslehrer, Ingenieur etc.), eine Gewerbsuniversität sein, dem Gewerbsmanne aber, durch leichtfaßliche Vorträge die wissenschaftliche Begründung seines Gewerbes, seiner Kunst zeigen.

Um den ersten Zweck zu erreichen, ist es nothwendig, daß alle Fächer mit der größten Ausführlichkeit und tüchtiger Begründung, jedoch mit Vermeidung aller nutzlosen Weiterschweifigkeit und Pedanterie durch ordentliche tüchtige Professoren und durch Privatdocenten vorgetragen werden.

Es ist nothwendig, daß jeder ordentliche Zuhörer Gelegenheit finde, die nothwendigen practischen Uebungen vorzunehmen, es ist unausweichlich, daß die Laboratorien und Werkstätten vergrößert und zweckmäßiger eingerichtet und die Bibliothek Jedem zugänglich gemacht werde.

Es ist nothwendig, daß jene Wissenschaften, welche bis jetzt am polytechnischen Institute schlecht oder gar nicht vertreten waren, durch geeignete Professoren vorgetragen werden. Dahin gehören:

Die Landwirthschaftslehre, welche nur an der Universität mit himmelschreiender Nachlässigkeit durch einen abgenügten Lehrer nach dem Trautmann'schen Lehrbuche vom Jahre 1808, sage ein tausend acht hundert acht, gelehrt wird. Die Landwirthschaft, deren zweckmäßige Entwicklung die einzige feste Grundlage unserer künftigen Existenz werden dürfte, ist vor allen Gewerben bestimmt, an der polytechnischen Lehranstalt gelehrt zu werden, und es gibt auch wahrlich selbst in China keine Gewerbschule, an welcher sie nicht vertreten wäre, in diesem Punkte steht Precht's Plan einzig da.

Die Statistik, deren Resultate dem Kaufmanne und dem Fabrikanten gleich wichtige Aufschlüsse bietet, ist ein unentbehrlicher Gegenstand an einer polytechnischen Schule.

Der zweiten Anforderung kann durch Abend- und Sonntagschulen entsprochen werden.

Man hat vor einigen Jahren angefangen, Sonntagschulen zu halten und namentlich waren die Vorträge der Mechanik und Mathematik von Burg und Schulz ausgezeichnet in ihrer Art, aber wie es der Separatismus der Vormärzzeit mit sich brachte, bloß von der sogenannten bessern Klasse besucht. Die Chemie war bis jetzt kein Gegenstand der Sonntagsstunden. Schande genug.

Der niederösterreichische Gewerbeverein, eine Schwesteranstalt des polytechnischen Instituts, dankt sein Entstehen dem lobenswerthen Eifer der fortschrittsfreundlichen Gewerbsmänner Wiens. Eine zahlreiche Theilnahme bot große Mittel, und diese großen Kräfte blieben ohne Resultat. Warum? — Der Gewerbeverein wurde schon bei seinem Entstehen der Kummelpfad gewisser Aristokraten, Bürokraten und Plutokraten, welche bei Allem, was sie dort thaten, nur die Verherrlichung und Bereicherung ihres unedlen Ich's im Hintergrunde hatten, daher wurde über die Privatinteressen der vorläufigen Usurpatoren der schöne Zweck des Vereines, die Förderung der Industrie, vernachlässigt. Als im März die Aristokraten conspirirten, um mit Hilfe des Volkes die Bürokraten so weit zu stuzen, daß sie (die Aristokraten) unter dem Titel einer „Constitution“ zur Mitregentschaft gelangen, waren es die toryliberalen Patrizien des Gewerbevereines, welche den jesuitischen Bestrebungen ein „Hoch“ zuzuschützen. Als aber der gesunde Sinn der Oesterreicher, das Unstatthafte einer solchen Reform begreifend, die Demokratie anstrebte,\*) ermangelten die Aristokraten des Gewerbevereines nicht in wählerischen Plakaten an die Unkenntniß der Massen zu appelliren, um sie gegen die Führer der Aibewegung zu hegen. Sie erfuhren aber statt dieser Satisfaction, Schmach und Schimpf, wie das blöde Princip, welches sie vertheidigten.

So ist der Gewerbeverein zum Glück der Besseren seiner Mitglieder in seiner jetzigen Gestalt unmöglich geworden. Die Mitglieder, welche die Bewegung der Neuzeit aufgefaßt, werden zusammentreten, und über die Reform des Vereines berathen. Gelingt es ihnen, die Jesuiten und volksfeindlichen Reactionäre über Bord zu werfen, sind sie so glücklich, durch gute Statuten und zahlreiche Theilnahme eine große starke Körperschaft zu werden, dann ist's ihre Pflicht, mit dem polytechnischen Institute Hand in Hand auf der Bahn des Fortschritts zu gehen, sich gegenseitig zu vervollständigen, und mit Rücksicht auf die politischen und socialen Fortschritte der Zeit ein Ganzes zu bilden, welches der demokratischen Regierung die Lösung der großen Fragen, welche in Beziehung auf Gewerbe und Handel bevorstehen, erleichtern hilft.

\*) Ein merkwürdiger Zug von ächt demokratischer Gesinnung des Gewerbevereines ist eine Antwort des Vorsteher- Stellvertreters auf eine Interpellation mehrerer Mitglieder: „warum keine Monatsversammlung abgehalten werde?“ Der Herr Kapeten-Fabrikant antwortete: „Die Monatsversammlungen, früher so glänzend, würden jetzt, wo kein Erzherzog anwesend, zu bürgerlich ausfallen.“ — Ein zweiter merkwürdiger Zug ist die heiße Wähe, welche sich die Senatoren des Vereines geben, den Herrn Grafen Colloredo (vom 26. Mai), welcher zum „Glanze“ des Vereines gehört, möglich zu machen...



**Ungarn.** Baron Jellafsch unter militärischer Disciplin, für die militärische Laufbahn erzogen, hat von der Politik im allgemeinen, von dem Verworrenen aber nur in den Gesetz- und Geschichtsbüchern enthaltenem Verhältnisse Croatiens zu Ungarn, eben so viel Kenntniß, als sein letzter Gränzer oder Szereghan.

Jellafsch ist nicht ohne Talent, aber eben durch die einseitige Erziehung und Ausbildung dieser Talente, ist er zur Geißel und zum Fluche seiner Nation geworden; denn als ehrgeiziger, beschränkter Soldat einerseits, als Dichter — eine panslavistische Welt Herrschaft in seinen Träumen ausmachend — andererseits, lebte er der Welt unbekannt, und seinen verklärtesten Träumen nicht trauend zur herostratischen Rolle berufen zu sein. Ich deutete schon einmal das Genie der alten Regierung an, mit welcher sie die Menschen zu beurtheilen und sie am rechten Platz anzustellen verstand. Der Absolutismus folgerte ganz logisch und consequent, daß ein Mensch, der ein verknocheter Soldat und zugleich ein exaltirter, verschrobener Dichter, eine geeignete Brandsaetel wäre, mit seinen fixen Ideen zwei verschwißerte Nationen in Waffen gegeneinander zu jagen, Haß und Brand zu stiften. So geschah es, die Machthaber der alten Regierung waren bis zum letzten Augenblick in Völkerverhaß consequent, der letzte Act ihrer Verschwendung — die Ernennung Jellafsch's zum Banus von Croatien — war ein Siftthau, durch den sie ihr Leben zu fristen und ihre Macht neuerdings zu errichten gedachten — nimmermehr!

Jellafsch wird von den Stufen des Thrones, vom österreichischen Ministerium, vom Militär und der österreichischen Aristocratie unterstützt. Er ist das Werkzeug der Camarilla, und was flüstert sie ihm zu? — die ungarischen Kriegs- und Finanzministerien an Oesterreich zurück zu fordern; und warum verlangt man dies? um mit ungarischem Gelde und Militär Oesterreichs Freiheit zu zernichten, Ungarn aber mit österreichischen Soldaten in Schach zu halten, und so den alten Zustand einzuführen. In ohne die Selbstständigkeit Ungarns ist keine Garantie für die Freiheit der Monarchie, und eben deshalb ist die Unabhängigkeit Ungarns die factische Sicherheit der österreichischen Freiheit, denn das unabhängige Ungarn wird und darf es nie zulassen, daß in Oesterreich der Absolutismus hergestellt werde. Ungarns Zukunft und Größe liegt in den Donaufürstenthümern und im adriatischen Meere, deshalb muß Ungarn die raschesten Verbindungen zwischen Fiume und Pesth durch Croatien ehestens bewerkstelligen, welche Wohlthaten für das arme Croatien und welcher Reichthum! Hat die alte Regierung für die Entwicklung des ungarischen Handels etwas? nichts, vielmehr unterdrückte sie dieselbe. Wird das österreichische Finanzministerium auf das kleine Croatien mehr Rücksicht haben, als das ungarische? Nun frage ich, ob Jellafsch im Interesse der Freiheit Oesterreichs! — ich will Ungarn gar nicht anführen — zum Heile und Wohlfart der croatischen Nation, zu deren Messias und Propheten er sich ausgibt, handelt? Die obigen Erörterungen beweisen das Gegentheil, und welche lächerliche Rolle. Jellafsch, der unlängst vom König zum Rebellen erklärte Erbanus von Croatien will sich zum Dictator der ungarischen Nation aufwerfen. Wie aber das Ansehen des Thrones hiedurch in den Augen der Nation sank, vermag man von der Rolle des Jellafsch zu entnehmen, dessen Conquettirung mit einem herrschsüchtigen Weibe die Kraft und Wirkung des Gesetzes zu paralysiren vermochte!

Er erhellt hieraus, daß Jellafsch, ein verknocheter Soldat, sich berufen fühlt, die Soldatenkaste und Herrschaft als erste im Staate aufrecht zu halten; ferner dünkt es ihm, der Gründer einer großen Panslavia zu sein. Dieser arme eingebildete Träumer denkt das Haupt und die Seele der Camarilla zu sein, womit er sich brüstet, und worüber er stolz

ist; es soll aber Ischl verstummen, die österreichische Regierung nur eine Woche sich wahrhaft neutral verhalten, und Jellafsch auf sein eigenes dichterisches Genie verlassen — und er wird abermals zu seinem dichterischen Metier zurückkehren genöthigt sein, und ihm Croatien für die Dictatur und Selbstverwaltung, wodurch das arme Croatien ausgeplündert, mit Raubgesindel verheert und für den Winter Bettler geworden, wenig Dank wissen.

Lóltényi M.

Klagenfurt, am 30. August. Am 21., 22. August war große Jagd in Mofing und Sölling bei Dithmann; als die Jäger aufgestellt waren, wurden sie einzeln meuchlings von bewaffneten Bauern und deren Söhnen überfallen, mißhandelt, der Gewehre, Uhren, Baarschaft etc. beraubt und konnten sich nur mit Mühe und zum Theil schwer verwundet retten. Zwei sollen todt geblieben sein. — Am 21. August erschien in der Klagenf. Zeitung ein die Jagdrechte verteidigender, 30pfiger Artikel Dr. Kuapitsch's, welchem der Redacteur der Klagenf. Zeitung, Rizzi, unmittelbar eine liberale gelassene Entgegnung folgen ließ. Dies und die Nachricht aus Mofing fanatisirte die Legion Jagdsfreunde in Klagenfurt so sehr, daß sie Rizzi mit Mißhandlung drohten, von Kleinmaier, dem Verleger der Klagenf. Zeitung des Ersteren Entlassung, von Wirthen und Kaffeetern aber die Verweigerung jeder Nahrung an Rizzi forderten; ja zuletzt gingen sie zum Bischofe, und forderten von ihm Einschreiten gegen Rizzi, umsomehr, da er ein liberaler Priester und sogar soweit sei, an öffentlichen Orten Cigarren zu rauchen!! Der Bischof ließ Rizzi rufen und beredete ihn zum Rücktritte von der Redaction mit Versprechen baldiger Anstellung als Pfarrer.

**Vereinigte Staaten von Deutschland.** Wien. Der Herr Justizminister hat gestern mit jenem herzigen Lächeln, das ihm so gut läßt, den souveränen, verfassungsgebenden Reichstag als einen vereinbarenden proklamirt. Was „Vereinbarer“ sind, das wissen die Berliner, und da der Justizminister uns auch dieser Berliner Erregung theilhaftig machen will, so steht uns das hohe Glück bevor, die süßen Wirkungen davon baldigst zu empfinden. Spasig wäre es, wenn unsere Schwarzgelben — mit Zeitgeschichte geben sie sich nicht ab — einem Schalle auffäßen und geschwind eine Petition gegen diese von Preußen nach Oest. reich verpflanzte Erregung einreichen, da sie gerade im Zuge sind, Petitionen gegen Pressfreiheit und verschiedene andere Erregungsfachen vorzubereiten.

— Gestern Abend hielt der Verein zur Wahrung der Volksrechte seine erste Sitzung im Saale des Musikvereins. Dieselben Männer, die seit den bewegten Tagen des Mai mit unermüdetem Eifer für die Freiheit und Rechte des Volkes gewirkt, und sich einen schönen Platz in der Geschichte der Neuzeit erworben, sind wieder in denselben Hallen zusammen getreten, um für denselben heiligen Zweck, wenn auch zur Zeit nicht mit derselben Macht, nicht mit der Macht einer obersten Behörde — doch mit der gleichen Liebe und dem gleichen Eifer ihr schönes großes Ziel weiter zu verfolgen.

Die Verhandlungen drehten sich für heute bloß um die Constatirung des Vereins. Mitglieder sind einstweilen alle Männer, die in dem früher. Ausschusse zur Wahrung der Volksrechte gesessen; doch soll ein Programm entworfen werden, und die definitive Aufnahme durch eine bestimmte politische Gesinnung bedingt sein.

Ein Mitglied als früherer Ausschussdeputirter brachte vor, daß ihn seine Compagnie beauftragt habe, die ihm ausgestellte Vollmacht zurückzuverlangen. Der Vorliegende entgegnete, daß durch Auflösung des Ausschusses die Vollmacht als erloschen anzusehen sei und daß alle Documente des Ausschusses im Staatsarchive aufbewahrt werden. Wir erachten dies als nöthig; alle Urkunden, die sich auf den Ausschuss beziehen, der eine so bedeutende Stelle in der Geschichte



unserer Lage gespielt, müssen archivairisch aufbewahrt werden, ja es wäre zu wünschen, daß auch ein Exemplar von allen jenen schwarzgelben Schmähschriften, mit denen diese Behörde in der letzten Zeit überfluthet wurde, in Verwahrung genommen würde, um den künftigen Geschichtschreiber einen tiefern Blick in das Getriebe der Parteien thun zu lassen. Von ungeheurer Bedeutung war es, daß eine Anzahl der Freiheitsmänner des Reichstages, Löhrer, Sierakowsky, Polatschek, Krigler, Kopistky, Borkowsky u. A. in dieser ersten Sitzung erschienen, herzliche Worte der Begrüßung an die Versammlung richteten und sich als Mitglieder vormerken ließen. Es wurden bei ihrem Eintritt in den Saal sowohl von der Versammlung, als von den Gallerien mit jubelndem Beifall begrüßt, und als Sierakowsky seine Anrede geendet, wurden ihm von den Frauen Blumensträußchen zugeworfen. Dr. Freund erwiderte auf die Anrede der Deputirten, daß ihm bei der Schwüle der letzten Tage, bei den vielerlei Umtrieben der Freiheitsfeindlichen gegen den im Entstehen begriffenen Verein, schon für dessen Gedeihen bange geworden, nun aber sei es ihm wieder wohl zu Muth und er fühle wieder Muth und Lust zu wehen.

Als die Volksvertreter sich wieder entfernten, hallte ihnen lange noch der Beifallsjubel nach.

Möge der Verein sich noch weiter kräftigen und stärken und zum unerschütterlichen im Volke wurzelnden Bollwerk der Freiheit werden! Weiß Gott, es thut uns ein solches Bollwerk Noth!

Montag Abend um 6 Uhr ist die zweite Sitzung.

Berlin. Der Arbeitercongrès in Berlin hat eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung beschlossen, die folgenden Antrag stellt:

„Es wolle die hohe Versammlung, in Uebereinstimmung mit der von ihr zu gebenden Verfassung, ein organisches Gesetz zum Schutz und zur Vervollkommnung der Gewerbe gewähren und die Bestimmung hinzufügen, daß ein aus freier Wahl sämtlicher Theilnehmer hervorgegangener Congrès Sachverständiger zur Vertretung aller deutschen Gewerbes-Interessen auf Staatskosten nach Frankfurt berufen werde, um den volkswirtschaftlichen Ausschuß durch seine Vorlagen und Gesegentwürfe bei den Beratungen zu unterstützen. — Was die Anzahl oder das Verhältnis der zum Congrès zu berufenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, schlagen wir vor, daß derselbe aus allen Klassen der gewerblichen Unternehmer und Arbeiter bestehend, einem Drittel der zur Nationalversammlung zu wählenden Mitglieder gleich kommen möge.“

Der Arbeitercongrès hat auch folgenden Antrag auf ein Gesetz für Volksschulen an die deutsche Nationalversammlung gestellt:

§. 1. Die Schule ist Staatsanstalt und wird als solche von der Kirche getrennt. §. 2. Die Schule wird zur Volksschule erhoben, unabhängig von der Confession, weshalb auch der confessionelle Religionsunterricht aus den Lehrgegenständen derselben gestrichen wird. §. 3. Die Lehrgegenstände sind so zu ordnen, daß eine möglichst vollkommene Ausbildung der Jugend zu Welt- und Staatsbürgern erzielt wird. §. 4. Die Beaufsichtigung der Schule wird der Geistlichkeit entzogen. §. 5. Der Unterricht in den Volksschulen wird unentgeltlich ohne Unterschied des Standes erteilt. §. 6. Die Gemeinde übernimmt die Verpflichtung, für Kinder unbemittelter Eltern die zum Unterrichte nöthigen Bücher und Schulmaterialien anzuschaffen. §. 7. Aller überflüssige Luxus ist bei der die Volksschule besuchenden Jugend zu verbieten. Die Gemeinden haben die armen Schulkinder mit solcher Kleidung unentgeltlich zu versehen, wie es die Jahreszeit erfordert.

Solche, von dem reinsten, ächtesten Geiste der Humanität durchwehte Anträge gehen von dem vlernten Stande, dem deutschen Arbeiterstande aus, dem die Reactionäre Mord- und Plünderungsfucht, Zerstörung alles Eigenthums und aller gesellschaftlichen Bande angedichtet, um damit das Bürgerthum in Schreck und Angst zu jagen, weil sie wissen, daß dieser vierte Stand die feste Stütze der Demokratie ist, weil sie weiß, daß das ächte Menschenthum in ihm die reinsten, unverdorbenen Träger findet.

Man versichert, daß sich himmelhohe — (wir werden unserm Principe getreu so lange dieses Curialepitheton mit Vorliebe gebrauchen, bis nicht ein Mandarin mit ganzem oder halben Pfauschwanz kommt und uns vom grammatischen und naturwissenschaftlichen Standpunkt nachweist, daß „himmelhoch“ ein schlechterer Superlativ sei als „allerhöchst“) — Bedenken gegen die

von der constituirenden Versammlung „vereinbarte“ Abschaffung der Todesstrafe erhoben haben. Das überaus humane Gefühl des Urquells der „Rihsverständnisse“ sträubt sich entschieden dagegen und die „Vereinbarten“ werden hier zum erstenmale die praktische Bedeutung des Wortes „vereinbarte“ kennen lernen, mit dem sie das deutsche Wörterbuch für den Preis einer ganzen Revolution bereichert haben.

Die russische Regierung hat eine höchst merkwürdige Verfügung erlassen. Sie hat nämlich alle Behörden der Grenzbezirke angewiesen, daß wenn in Folge von revolutionären Ereignissen preuß. Unterthanen sich genöthigt sehen sollten, ein Asyl in Polen zu suchen, dieselben freundschaftlich aufzunehmen seien. Sollte Rußland etwa Willens sein, deutsche Wähler und Republikaner oder ähnliches radikales Gefindel innerhalb seiner heiligen Grenzen freundschaftlich aufzunehmen? Es wäre eine kolossale Lächerlichkeit, daran zu denken. Wer das Gemüth der russischen Regierung, und den Zustand der Dinge in Preußen kennt, für den wird es klar sein, daß die Schwarzweissen sich in Rußland ein Absteigequartier gesichert haben. Der Bogen ist in Preußen und ganz Deutschland schon so straff gespannt, daß er bald springen muß und dabei eine erkleckliche Anzahl von Auserlesenen über die Grenze schnellen wird: Nun bestand aber in Rußland bis jetzt die böbliche Sitte, daß alle, welche die Grenzen des heiligen Reiches betreten, ohne sich legitimiren zu können, mit einer gehörigen Tracht Prügel gaffreundschaftlichst empfangen wurden. Man denke sich nun eine auserlesene Schaar von Geheimräthen und schwarz und weißgestreiften Junkern, die sich in ihrem Leben gegen das heilige russische Reich nicht versündigt haben, im Gegentheil demselben mit Leib und Seele ergeben waren, komme in Angschweiß gebadet an die russische Grenze und werde auf eine solche nur radikalen „Heiden“ geziemende Weise empfangen — hieße das nicht gegen sein eigenes Fleisch wüthen? Dieser Möglichkeit baut nun die freundschaftliche Verfügung vor — und es ist nur zu wünschen, daß sie bald im ausgeheftesten Umfange zur Anwendung komme. —

München. Sämmtlichen Militärstellen wurde durch ein Circularschreiben des Kriegsministeriums eröffnet, daß sie den in dringenden Fällen durch das Reichskriegsministerium an sie ergehenden Befehlen und Bedingungen und sofortige Folge zu leisten haben.

Hannover. Minister Stuve hat ein Ausschreiben an alle Behörden des Landes gerichtet, worin diesen die Grundsätze vorgezeichnet werden, nach denen bei der völligen Neugestaltung der öffentlichen Verhältnisse des Landes die Thätigkeit der Behörden sich richten müsse. Es wird in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß es eine gefährliche Täuschung sein würde, wenn man dem Glauben sich hingeben wollte, daß mit der Umgestaltung der Verfassung Alles geschähe und ein Wiedereintreten in die alte Zeit überhaupt möglich sei. Eine solche verderbliche Hoffnung müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das Meiste und Schwierigste sei noch zu thun übrig, und es sei jetzt nur die Frage, ob das, was im Geiste der neuen Zeit geschähe müsse mit Vernunft und im geseglichen Wege durchgeführt werden solle, oder ob man der rohen Gewalt und dem Umsturze alles Bestehenden durch hartnäckiges Widerstreben vorarbeiten wolle. Das Ausschreiben macht dann insbesondere darauf aufmerksam, wie die Stellung der Behörden dem Publikum gegenüber eine ganz verschiedene geworden sei, wie den Gemeinden und den Einzelnen eine größere Theilnahme bei den Angelegenheiten der Gemeinde und des Staats eingeräumt werden solle und es jetzt darauf besonders ankomme, auf jede Weise sie dazu heranzubilden. Zugleich aber werden die Behörden erinnert, daß es ihre Pflicht sei, das Ansehen des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Am Schlusse werden dann ausdrücklich alle diejenigen Staatsdiener, welche sich nicht im Stande fühlen in diesem Sinne zu wirken, aufgefordert sich einer Stellung zu entschlagen — für die sie nicht gemacht seien.

Trotz allen Reactionsbestrebungen der Gottesgnädigen und ihrer Himmelsjunkerhaaren ist doch im übrigen Deutschland ein viel entschiedenerer Fortschritt bemerkbar, als bei uns — wo man stets nur den Fuß vorwärts setzt, um einen desto sichern Rücksprung zu machen. Selbst das Berliner Ministerium säubert trotz aller andern Wohlthätigkeit den Augiasstall der reactionären Bureaucratie — und bei uns — Thun und Brandis wurden abgesetzt, dafür



aber statt des erkoren der sechzehnhäufige Rothkirch ernannt, der klüger als seine Ernennung vor dem allgemeinen Schrei des Unwillens von selbst zurücktrat — und statt des letzteren des frommen Herrn B. andis — hören wir nun, soll der Graf Chorinski zum Gouverneur von Tirol ernannt werden!

**Oldenburg.** Am 29. August ist in Oldenburg die erste Sitzung des constituirenden Reichstages gehalten worden. Bald werden nun im heiligen deutschen Reiche achtunddreißig constituirende Reichstage beisammensitzen und Deutschland achtunddreißigmal constituirte sein. Da muß es freilich fest sitzen. Und da sich alle diese scherzweise souverän genannten Versammlungen auf „vereinbare“ herauswachsen — so kann freilich an die deutsche Einheit nicht mehr geweielt werden!

**Französische Republik.** Paris. Die Aufregung über die Juni-Untersuchung hat sich einseitig gelegt und die italienische Frage tritt in den Vordergrund.

— Das Bögen Oesterreichs die Vermittlung Frankreichs und Englands in den italienischen Angelegenheiten anzunehmen, stachelt wieder die Kriegslustigen. Der „Spectateur republicain“ das Organ Cavaignac's bringt am 28. einen Artikel, der ungeheures Aufsehen macht, um so mehr als man behauptet, er sei aus Cavaignac's Feder selbst geflossen. „Oesterreich,“ sagt das Blatt, „suche die Unterhandlungen wegen Italiens in die Länge zu ziehen, um indessen theils alle seine disponiblen Militärkräfte nach Italien zu schicken, theils Zeit zu gewinnen und mögliche günstige Ereignisse abzuwarten. Der Spectateur erklärt, daß Frankreich dieses Hauber-System in keinem Falle dulden werde. Es sei bereit, in Wien, in Mailand oder in Turin zu unterhandeln, mit Generalen oder Diplomaten als Bevollmächtigten, aber die Unterhandlung müsse rasch begonnen und ehrlich durchgeführt werden. Der innere Zustand Frankreichs erlaube keine Ungewißheit. Wollte Oesterreich nicht rasch und aufrichtig handeln, so bleibe Frankreich nur der Krieg. Es habe ihn nicht herbeigerufen; es werde ihn freudig annehmen. „Der Krieg,“ schließt der Artikel, „wird un-

ern inneren Zwistigkeiten ein Ende machen; er wird die Republik befestigen und vergrößern. Der Krieg wird der Republik ihre Erinnerungen, ihre Siege, ihre großen Männer geben, und nicht zum ersten Male wird der Fall eintreten, daß gerade die Feinde Frankreichs es mit Gewalt zwingen, sich in einen Kampf zu werfen, aus dem es nur stärker und ruhmvoller hervorgehen kann.

— Der talentvolle Maler Ary Scheffer hat das ihm für seine Tapferkeit in den Juni-Tagen verliehene Commandeurkreuz der Ehrenlegion nicht angenommen. Auch die Artillerie-Regiment der Nationalgarde, die sich am besten schlug, hat jede Belohnung zurückgewiesen. Mehrere Compagnien der Nationalgarde fangen an, dieses Beispiel nachzuahmen und die Belohnungen für den Bürgerkrieg abzulehnen.

— Hier schreibt jetzt ein Werk „über das Eigenthum.“ — Da er sich unter dem Constitutionalismus von Louis Philipp ein Eigenthum von einigen Millionen Franken erworben, so läßt sich erwarten, er werde die Idee des Eigenthums auf der breitesten constitutionellen Basis construiren. R—f.

**Bei der Redaction der Constitution eingegangene wohlthätige Beiträge für die verunglückten Arbeiter.**

Von dem Garden 8 J 7 D 9. „Mit dem Moralpredigen stopft man den Magen des Hungrigen, daher helfe ich auch mit 2 fl. C. M.“ — Herr Wunderbaldinger 1 fl.

Wir sind ersucht zu erklären, daß der Beschluß des Vereins zur Wahrung der Volkrechte sich bei dem zu veranstaltenden Trauerzuge für die am 23. August Gefallenen zu betheiligen, deßhalb nicht gefaßt werden konnte und wurde, da der Verein noch gar nicht constituirte ist. D. Red.

**Ankündigungen.**

**Kopfhaarbüschel**

zu Eschato's von der schönsten Gattung das Dugend um 4 fl., im Einzelnen das Stück um 24 kr.

**Zu Pickelhauben**

das Dugend um 13 fl. C. M. im Einzelnen das Stück um 1 fl. 30 kr. C. M. weiße für die Banda das Stück 36 kr. C. M. sind zu haben bei Joseph Hornung, bürgerl. Perückenmacher, Herren und Damen-Friseur in Wien, Kohlmarkt Nr. 261, 1. Stock.

**Eine Jahreswohnung**

ist in der Stadt, Tuchlauben Nr. 556, 1. Stock, bestehend aus 1 Salon, 2 Zimmer auf die Gasse,

4 Hofzimmer, Vorzimmer, Küche, Boden und Keller, von Michäel 1848 zu verlassen. Das Nähere daselbst zu erfragen. (3—3)

So eben ist erschienen bei Tendler und Comp. am Graben:

**Politischer Rechtschatz für das deutsche Volk.**

Fundgrube alles politischen Wissens, oder Taschenwörterbuch der bürgerlichen und politischen Freiheiten und Rechte freier Völker, so wie aller constitutioneller, politischer und staatsrechtlicher Begriffe und Ausdrücke. 200 Seiten. Taschenformat. 40 kr. C. M. (1—3)

**Ein kleines sehr niedliches Haus**

in Erdberg nächst der Kirche, versehen mit zwei kleinen Höfen, hübschen Hausgarten, guten Brunnenwasser, Keller, Boden etc., ist unter sehr billigen Bedingungen aus freier Hand wegen Familienverhältnissen zu verkaufen, das sich für eine Familie besonders eignet. Wahre Käufer erhalten nähere Auskunft in der Stadt, Salzgries Nr. 208, 1. Stock, Thür Nr. 8. (3—3)

**Haus in einer nahen Vorstadt zu vermieten.**

Zu jedem großartigen Geschäfte, besonders für Fabrikanten, geeignet, oder zu verkaufen unter sehr billigen Zahlungsbedingungen. Nähere Auskunft, neue Wieben, Hauptstraße Nr. 641, 1. Stock. (3—3)

**Börsenbericht vom 2. September 1848.**

Morau. Obligat. zu 5% . . . . .	81 1/2	Anleihen vom Jahre 1834 . . . . .	132	Estorházy Lose a 20 fl. . . . .	22	Glegnitzer Actien . . . . .	97
„ „ „ 4% . . . . .	67	1839 . . . . .	91 1/2	Waldstein'sche Lose . . . . .	19	Posthor . . . . .	67 1/2
„ „ „ 3% . . . . .	50	Estorházy Lose a 40 fl. . . . .	51	Nordbahn-Action . . . . .	107 1/2	Gmundner . . . . .	170
Bank-Actien . . . . .	1105	Windischgrätz Lose . . . . .	18	Malländer . . . . .	76	Dampfschiff . . . . .	463

Man pränumerirt in Wien im Jakoberhof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.

Gedruckt bei Franz Eblen von Schmid.

Die einzelne Nummer kostet 3 kr. C. M.